

Tages Anzeiger

Die unabhängige Schweizer Tageszeitung

Mittwoch
6. April 2016

124. Jahrgang Nr. 79
Fr. 3.80, Ausland: € 3.50 / AZ 8021 Zürich



Neue 50-Franken-Note
Im Büro des Geldgestalters. 9
Was treibt Fälscher an? 9
Ab 9 Uhr: Der Schein wird lanciert.
tagesanzeiger.ch

Teilzeitarbeit
Männer müssen die
Branche wechseln,
um zu reduzieren.
17

Betrug im Netz
Die vier grossen
Maschen der
Manipulation.
33

Schweizer Anwälte helfen bei heiklen Schattengeschäften

Neue Panama-Enthüllungen rücken Anwälte aus Zürich und Genf ins Zentrum - und Fifa-Chef Infantino.

Catherine Boss, Christian Brännimann und Titus Plattner

Die Schweiz spielt in den Panama-Papieren eine zentrale Rolle. Anwälte und Treuhänder halfen, Tausende Offshorefirmen zu errichten und zu betreuen, unter anderem für Kunden, die unter Korruptionsverdacht stehen, für verurteilte Betrüger und für sanktionierte Waffenhändler. Sie halfen Personen, die durch die Panama-Papiere nun international unter Beschuss kommen, zum

Panama Papers

Kommentar: Jetzt braucht es strengere Kontrollen – Seite 2

Die fragwürdigen Deals des Gianni Infantino – Seite 4

Das erste prominente Opfer: Islands Premier tritt zurück – Seite 5



Beispiel Li Xiaolin, der Tochter von Chinas früherem Premier Li Peng. Die Anwälte werden nicht von der Finanzmarktaufsicht überwacht, sondern von Selbstregulierungsorganisationen. Selbst Anwälte sagen, dass dieses System mangelhaft sei.

Ebenfalls in den Fokus der Panama-Enthüllungen gerät der neue Fifa-Präsident Gianni Infantino. In den Dokumenten finden sich Verträge zwischen der

Uefa und Angeklagten im Fifa-Korruptionsskandal. Die Sportrechtshändler Hugo und Mariano Jinkis werden von US-Ermittlern beschuldigt, hochrangige Fifa-Funktionäre bestochen zu haben, um an günstige TV-Rechte zu kommen, die sie teuer weiterverkauften. Jetzt zeigt sich, dass Infantino 2006 als damaliger Chef der Uefa-Rechtsabteilung einen Deal mitunterschrieben hat, in dem die Uefa den Jinkis ebenfalls TV-Rechte verkaufte, die sie für das Dreifache weiterverkaufen konnten. Die Fifa sagt, dies sei eine Uefa-Angelegenheit. Dort sieht man keinen illegalen Hintergrund des Geschäfts.

Rücktritt in Reykjavík

In Island haben die Panama-Papiere ein erstes prominentes politisches Opfer gefordert. Regierungschef Sigmundur David Gunnlaugsson tritt wegen der Enthüllungen zurück. Die Opposition sah einen eindeutigen Interessenkonflikt, weil der Premier Vermögen in Offshorefirmen hielt.

Dem Rücktritt waren erhebliche Proteste der Bevölkerung vorausgegangen. Viele Tausend Isländer forderten Gunnlaugsson zum Rücktritt auf. Sie warfen Eier und Klopapier an die Parlamentsmauern und Bananen – für den Chef der Bananenrepublik Island. Die Opposition hatte da bereits ein Misstrauensvotum beantragt, fast 30 000 Isländer unterschrieben eine Petition für seinen Rücktritt, und seine Partei hörte auf, ihn zu verteidigen.

Aufgewühlt und ausgezeichnet



Foto: Sabina Bobst

Für seine Rolle im Neonazi-Drama «Wir sind jung. Wir sind stark» erhielt Joel Basman den Deutschen Filmpreis. In unsere Kinos kam es nie, aber nun läuft es auf Arte. Der Zürcher Schauspieler erlebte einen Dreh auf höchstem Nervositätslevel. – Seite 31

Service

Börse	10	Fernsehprogramme	36
Leserbriefe	15	Rätsel	38
Todesanzeigen	24	Wetter	39
Veranstaltungen	34		

Abo-Service 044 404 64 64

www.tagesanzeiger.ch/abo

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41

(Mo–Fr 8–12 und 13–17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch

Redaktion 044 248 44 11, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich
redaktion@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch



Kommentare & Analysen

«Auch ohne Verdichtung hätte Zürich Platz für 50 000 Einwohner mehr.»

Baugenossenschafter Peter Schmid zur Zukunft des Wohnens. – Seite 13

Reicht die glamouröse Sexyness des neuen Chefdesigners für Saint Laurent? – Seite 13

Wer sich Brot aus industrieller Produktion gefallen lässt, sollte sich schämen. – Seite 22

Heute

Hepatitis-Patientin wird zu teurer Therapie gezwungen

Weil sie den seltenen Genotyp 4 des Hepatitis-C-Virus in sich trägt, darf sich eine Schweizer Patientin nicht mit dem Medikament Harvoni behandeln lassen. Ihre Krankenkasse hält sich stur ans Gesetz und beharrt auf einer Therapie mit anderen Medikamenten – obwohl diese doppelt so teuer ist. – Seite 7

In Zürich sollen Teenager legal Cannabis beziehen können

Die Städte Genf, Basel, Bern und Zürich versuchen gemeinsam, Cannabis legal abzugeben. In Zürich sollen nicht nur Erwachsene, sondern auch 16- bis 18-jährige Cannabis beziehen können. Das konkrete Konzept liegt allerdings noch nicht vor, die benötigte Bewilligung des Bundes ist noch nicht beantragt. – Seite 19

Hans-Jakob Boesch ist neuer Präsident der Kantonalzürcher FDP

Die FDP des Kantons Zürich hat einen neuen Präsidenten: Geführt wird die Partei künftig von Hans-Jakob Boesch. Die Delegierten haben den gebürtigen St. Galler am Dienstag mit deutlicher Mehrheit gewählt. Boesch erhielt 161 Delegiertenstimmen, sein Konkurrent Peter Werder nur 52. – Seite 19

Champions League: Bayern mit Mini-Polster, Barcelona dreht Spiel

Bayern München feierte gegen Benfica Lissabon im Viertelfinal-Hinspiel den elften Heimsieg in Serie in der Champions League, allerdings einen knappen. Vidal schoss in der 2. Minute den einzigen Treffer. Auch der FC Barcelona gewann mit einem Tor Vorsprung. Suárez traf beim 2:1 gegen Atlético doppelt. – Seite 30

Trendwende beim Übergewicht

In der Schweiz ist die Zahl von übergewichtigen Schulkindern gesunken. Zu diesem Schluss kommt die Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz. Die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Messungen des Body-Mass-Index durch schulärztliche Dienste zeigen vor allem einen Rückgang bei Kindergartenkindern sowie bei ausländischen Schulkindern. Bereits ist die Rede von einer Trendumkehr. Vermutet wird, dass die Präventionsanstrengungen nun Früchte tragen. Eine Rolle dürfte auch spielen, dass seit einiger Zeit mehr gut gebildete Ausländer zuwandern als früher. Schlechte Bildung gilt als wichtiger Risikofaktor für Übergewicht. (fes) – Seite 40

Anzeige

Verlängerung: JETZT neue Daten im Vorverkauf!

SEKTOR 1

... ab Juni 2016 in Winterthur

INFOS & TICKETS www.sektor1.ch & Ticketcorner

Hauptsponsor **coop**

Medienpartner **1** TagesAnzeiger Laifdbote **touring**

Infrastrukturbeitrag Patronat Anreise

Karl's Kühne Gassen Schau

SBB CFF FFS Rail'way-Kombi

International

Panama Papers



Kommentar Catherine Boss, Redaktorin Recherchedesk, über Schweizer Anwälte im Offshoregeschäft.

Jetzt braucht es stärkere Kontrollen

Offshoregeschäfte sind nicht erst seit den Panama-Papieren ein Thema. Doch bisher ist vor allem darüber spekuliert worden - die Details kannten wir nicht. Das half den Akteuren. Sie konnten hartnäckig behaupten, solche Geschäfte seien unproblematisch.

Dank der Panama-Papiere wissen wir heute mehr. Erstmals erlauben die Dokumente einen fundierten Einblick in die Praktiken jener Advokaten, die bei fragwürdigen, zum Teil wohl auch illegalen Geschäften mit-helfen. Besonders dienlich ist ihnen dabei der gute Ruf der Schweiz. In nicht wenigen Dokumenten heisst es, ein Klient komme von einer «bekannten Schweizer Anwaltskanzlei» - damit erübrigen sich weitere Abklärungen über die Hintergründe von Vermögen.

Auch im Fall der Gelder von Wladimir Putins Entourage bringt Panama dieses Argument vor: Als vor zwei Wochen Journalisten nachfragten, wie es denn möglich sei, dass eine Firma Hunderte Millionen Dol-lar aus Russland erhalte, und das offenbar ohne Gegenleis-

tung, kam folgende Antwort: «Diese Firma wird von einer prestigeträchtigen Kanzlei aus der Schweiz geführt, die alle rechtlichen Anforderungen für die Prüfung der Gelder und der Kunden erfüllen muss.»

Nur: Viele Anwälte ver-zichten auf Abklärungen über ihre eigenen Mandanten. Das sei nicht ihre Aufgabe, sagen sie. Streng genommen stimmt das: Solange sie keine Finanz-intermediäre sind - also keinen Zugriff auf die Finanzen haben oder etwa Direktoren in den Gesellschaften ihrer Klienten sind -, können sie wegschauen. Das Schweizer Gesetz will es so. Sie sind nicht verpflichtet, zu prüfen, ob ein Geschäft auch wirklich wirtschaftlich sinnvoll ist oder vielleicht doch hinterfragt werden müsste.

Die Diskussion um härtere Gesetze wird kommen. Doch es wäre schon viel gewonnen, wenn die Anwälte strenger kontrolliert würden. Und dann sollte es auch bei Advokaten so etwas wie ein Gewissen geben, das sie heikle Mandate ableh-nen lässt, auch wenn kein Gesetz sie dazu zwingt.

Mängel bei der Aufsicht

Die Anwaltszunft kontrolliert sich selber. Das führt zu einigen Problemen.

Titus Plattner und Pascale Burnier

Nichts gesehen, nichts gehört - so in etwa scheint die Devise einiger Anwälte und Treuhänder zu lauten, die als Finanzintermediäre undurchsichtigen Geschäftsleuten dienen. Sie riskieren dabei nicht sehr viel. Im Kampf gegen Geldwäscherei sind sie theoretisch der Finma unterstellt, der Finanzpolizei der Schweiz. Genau wie die Banken. Doch bei den Anwälten führt die Finma die Kontrollen nicht selber durch, sondern delegiert sie an zwölf Selbstregulierungsorganisationen (SRO). Wer in der Schweiz als Finanzintermediär tätig sein will, muss sich einer SRO anschliessen. 5800 Personen oder Firmen sind so unterstellt. Doch wie die Beispiele aus den Panama-Papieren zeigen, verhin-dert dies die fragwürdigen Dienste an heiklen Kunden nicht.

Das liegt auch an der Art der Kon-trolle. Eigentlich sollten diese jedes Jahr stattfinden, doch meist reicht es nur für Visiten alle zwei oder drei Jahre. Bei den Anwälten und Notaren sind die Kontrol-leure Berufskollegen aus anderen Kanz-leien, die bei einem vorangemeldeten Besuch ausgewählte Dossiers überprü-fen. Sie machen Stichproben, durchfor-sen selten mehr als jedes zehnte Dossier, klären, woher das Geld der Klienten kommt und ob Risikokunden klar als sol-che gekennzeichnet sind.

Ist ein solcher «Kontrolleur» in kom-plizierten Finanzfragen nicht sonderlich

bewandert, dürfte es ihm schwerfallen, zu erkennen, wenn sich ein zwielichti-ger Kunde hinter verschachtelten Off-shorekonstrukten versteckt. Finanz-intermediäre ohne Skrupel haben ein leichtes Spiel. Mehrere angefragte Advokaten sagen hinter vorgehaltener Hand, was einer so formuliert: «Es ist ein Witz. Sollte ich ein heikles Dossier haben, würde es mit Sicherheit nicht auf dem Stapel für den Kontrolleur landen - so einfach ist das.» Kontrolleur und Kon-trollierter beenden den Akt meist mit einem gemeinsamen Mittagessen.

Verstösse intern geahndet

Sollte doch einmal ein fauler Fisch im grossmaschigen Netz hängen bleiben, sind Bussen bis zu 100 000 Franken oder gar der Ausschluss aus der SRO möglich. Solche Angelegenheiten regeln die Anwälte intern - eine Disziplinar-kommission und ein Schiedsgericht inner-halb des Anwaltsverbands sprechen die Strafen aus. Die Öffentlichkeit er-fährt davon nichts. Ohnehin sind solche Fälle sehr selten. Eine der grössten SRO, die ARIF, hat beispielsweise noch nie einen Finanzintermediär sanktioniert, weil er Geld für eine politische ex-ponierte Person gewaschen hatte.

«Daraus zu schliessen, dass das Sys-tem nicht funktioniert, wäre aber falsch. Es funktioniert nicht via Repression, sondern via Prävention», sagt Didier de Montmollin. Er ist verantwortlich für die Kontrollen bei der gesamtschweize-rischen SRO der Anwälte. Raphaël Treu-illaud, Präsident der ARIF, ergänzt: «Der Begriff Selbstregulation wird falsch ver-standen. Wir sind nicht ein Club von Freunden, die machen, was sie wollen.»

Die willigen Helfer aus Zürich und Genf

Sechs konkrete Fälle aus den Panama-Papieren zeigen, wie Schweizer Anwälte Graubereiche für Hochrisikokunden nutzen.

Catherine Boss, Titus Plattner und Christian Brönnimann

Es ist, als spähe man durch ein Guckloch. Die Panama-Papiere von Mossack Fon-seca, kurz MF, geben einen seltenen Ein-blick in die Geheimnisse des Offshore-geschäfts. Es sind Millionen von E-Mails und Urkunden, aber auch Protokolle von Treffen zwischen MF-Angestellten und beispielsweise Schweizer Anwälten. Alles ist minutiös festgehalten - wie die Herren sich benahmen, aus welcher Studentenverbindung sie sich allenfalls kannten und worüber sie sprachen. Da-bei ging es manchmal auch darum, wie Geld zu verstecken wäre oder Besitzer anonym bleiben könnten.

Es finden sich in den Panama-Papie-ren viele Schweizer Advokaten, die für ganz normale Geschäftsleute Offshore-firmen aufbauen. Sie halten damit Im-mobilien oder wickeln Erbschaften ab - oft harmlose Geschäfte. Doch es gibt auch andere. Sie helfen selbst Kunden, die längst im Visier der Ermittler oder anderweitig fragwürdig sind. Eine Lücke im Geldwäschereigesetz lässt dies zu. Vieles ist legal. Aber ist es auch legitim?

Am Montag geriet die Zürcher An-waltskanzlei Dietrich, Baumgartner & Partner international in die Schlagzei-len. Sie half einem Familienfreund von Wladimir Putin, der in der Schweiz ein Bankkonto eröffnen wollte und dabei falsche Angaben machte. Und sie unter-stützte das Netzwerk um diesen Freund bei fragwürdigen Millionentransfers. Die Panama-Papiere zeigen, dass der profes-sionelle Cellospieler und Taufpate von Putins Tochter, Sergei Roldugin, einen geheimen Einfluss erlangte auf eine mili-ardenschwere Rüstungsfirma und auf die Finanzen von TV-Stationen in Russ-land. Auch hier liefen geheime Verträge über die Zürcher Kanzlei.

Ein Bericht des Bundes vom Juni 2015 weist das Geldwäschereirisiko bei den An-wälten und Treuhändern als besonders hoch aus, höher noch als bei Casinos, Edelmetallhändlern oder Geldwechslern. Hingegen stammen von Anwälten und Notaren nur ein Prozent der gemeldeten Geldwäschereiverdachtsfälle. Die Recher-chen in den Panama-Papieren bestätigen den Befund der Schweizer Behörden - und belegen ihn mit Beispielen. Das Re-cherchesteam von «SonntagsZeitung» und «Le Matin Dimanche» hat in den insge-samt rund 2,6 Terabyte Daten die Spuren von sechs Anwälten und Treuhändern aufgenommen.

Fall 1
Anwalt mit illustrem Kundenstamm in Afrika

Wenn Schweizer Anwälte bei Geschäften nicht nur helfen, sondern als Direktoren in den Firmen ihrer Klienten Entscheid-befugnis haben, gelten sie als Finanz-intermediäre und unterstehen dem Geldwäschereigesetz. Sie müssen strengste Sorgfaltspflichten einhalten. Trotzdem lässt sich der Genfer Star-anwalt Marc Bonnant immer wieder für seine illustren Klienten - nicht wenige unter Korruptionsverdacht - als Direktor von Offshorefirmen einsetzen. So für Fir-men zugunsten von Khlubuse Clive Zuma, dem Neffen des amtierenden südafrika-nischen Präsidenten Jacob Zuma.

KCZ, wie er sich gerne nennt, wird vorgeworfen, sein Vermögen dank seines mächtigen Onkels angehäuft zu haben. In den Panama-Papieren lässt sich nach-verfolgen, wie Bonnant im Mai 2010 für KCZ und einen Gefährten Vollmachten ausstellen liess für die Firmen Caprikat Limited und Foxwhelp Limited, die auf den Britischen Jungferninseln (BVI) re-

gistriert sind. Bonnant fungierte in bei-den als Direktor. Die Firmen hatten keinerlei Erfahrung im Ölgeschäft. Doch wenige Tage nachdem Bonnant KCZ die-Rechte übertrug, sass der Zuma-Neffe vier kongolesischen Ministern gegen-über und unterzeichnete lukrative Ölver-träge für die beiden Briefkastenfirmen.

Laut südafrikanischen Medien sollen dabei Schmiergelder geflossen sein. Die Panama-Papiere zeigen das verschach-telte Konstrukt, mit dem die wahren Be-sitzer hinter Caprikat und Foxwhelp ver-steckt werden sollten. Die beiden Gesell-schaften gehören einem Investment Fund auf den Cayman-Inseln. Der wird kontrolliert von zwei Stiftungen in Liech-tenstein, die ihrerseits von zwei Trusts in Gibraltar gesteuert werden. Seit 2010 in-teressieren sich die Finanzermittler der BVI für die Hintergründe der Firmen.

KCZ ist nicht der einzige Risiko-Kunde von Bonnant. Der Genfer hat auch für Zihad Tekieddine Offshore-firmen gegründet und geführt. Der fran-zösisch-libanesishe Geschäftsmann steht im Zentrum von mehreren Affären rund um Bestechungsgelder für Politi-

Panama Papers



ker in Frankreich im Zusammenhang mit Waffengeschäften. Zu Bonnants Ge-schäftskunden gehören weiter: der Dia-mantenhändler Beny Steinmetz, der von Guinea, den USA und der Schweiz we-gen Korruptionsverdachts beschuldigt wird. Ein Bonnant-Klient ist auch Dan Gertler, im Geschäft mit Blutdiamanten. Zudem der Belgier Mozes Victor Konig, seit 1999 auf der Interpol-Liste der meistgesuchten Personen, 2012 in Bel-gien verurteilt. Für ihn hatte Bonnant laut Bankdokumenten in den MF-Daten am 8. April 2005 höchstpersönlich Bar-geld im Wert von 35 000 Franken am Bankschalter abgeholt. Wie in den Daten ersichtlich, haben die Finanzermittler in den BVI auch im Falle dieser Kunden bei MF Informationen nachgefragt.

Bonnant war in den vergangenen Jah-ren Direktor von mindestens 136 Off-shorefirmen bei MF. Die Mehrheit der Firmen diente dazu, Bankkonten zu halten - oft in der Schweiz. Bonnant sagt, er könne wegen des Anwaltsge-heimnisses keine Fragen beantworten. Er mache aber alle nötigen Kontrollen und unterstehe selbst der Aufsicht der Anwälte. Es habe in diesem Zusamen-hang nie Kritik an seiner Arbeit gegeben.

«Es gab bei den Kontrollen nie Kritik an meiner Arbeit.»



Marc Bonnant
Genfer Anwalt

Fall 2
Laut Ermittlern gefälschte Dokumente für Betrüger

Auch ein Betrügerpaar fand Schutz hin-ter dem Schweizer Anwaltsgeheimnis. Der Genfer Advokat André Zolty be-treute über Jahre Offshorefirmen von zwei US-Bürgern, die 2010 verhaftet und anschliessend zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurden, weil sie mindestens 150 Millionen Dollar vor dem Fiskus ver-steckt hatten. Über Offshorestrukturen bei MF. Der US-Staatsanwalt im Verfah-ren beschuldigte Zolty, er habe diese Offshorefirmen ständig «reorganisiert». Das habe den Beschuldigten erlaubt, mindestens 49 Millionen Dollar zu ver-stecken. Der Genfer Advokat soll laut US-Anklageschrift zudem für seine Klienten gefälschte Steuerdokumente erstellt haben. Während seine Mandan-ten noch immer in Haft sitzen, betreut Zolty weiterhin (Stand Februar 2016) fünf ihrer Firmen bei MF.

In den letzten 20 Jahren kreierte seine Kanzlei über 900 Offshorefirmen via Mossack Fonseca, im Juni 2015 waren noch 236 aktiv. Zolty will sich auf An-frage nicht äussern, das Anwaltsgeheim-nis verbiete es. Er habe nichts Illegales gemacht, schon gar nicht Dokumente gefälscht, sagt er.

Fall 3
Hilfe für Tochter von Chinas Ex-Premier

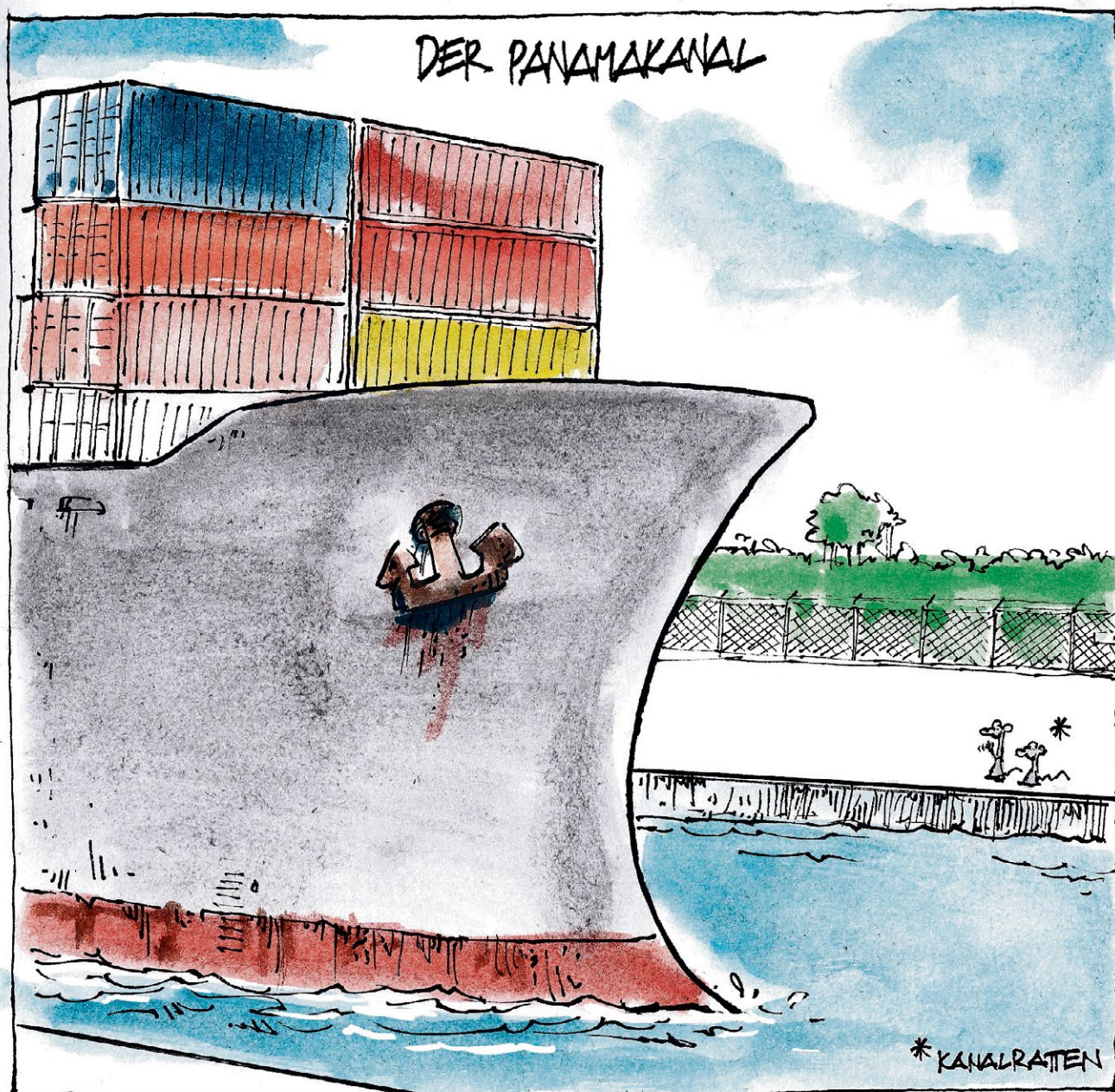
Die Diskretion der Offshorewelt suchen vor allem auch politisch exponierte Per-sonen. In keinem anderen Datenleck sind je so viele prominente Staatsleute und ihre Entouren aufgetaucht wie nun in den Daten von MF. Schweizer Anwälte helfen dabei tatkräftig mit, für grösstmögliche Intransparenz zu sor-gen. Der Fall des Genfer Advokaten Charles-André Junod, ehemaliger Pro-fessor des Rechts und Dekan an der Universität Genf, zeigt, dass sie dabei den Finanzermittlern oft einen Schritt voraus sind - auch wenn es, wie in diesem Fall, nur wegen einer scheinbar defekten Kopiermaschine ist.

Für eine Klientin und ihren Mann hatte Junod vor ein paar Jahren die Firma Cofic Investments gegründet. Damit verbunden waren Bankkonten bei UBS und Hyposwiss in Genf. Das Geld kam laut den Panama-Papieren aus Dienstleistungen an Firmen, die Industriemaschinen von Europa nach China liefern.

Am 3. März 2014 meldete sich auf den BVI das staatliche Büro der Finanz-ermittler. Sie gaben MF fünf Tage Zeit, um mitzuteilen, wer hinter Cofic stecke und auf welcher Bank wie viel Geld liege. Das Problem: Die Klientin heisst Li Xiaolin und ist die Tochter des ehemaligen chinesischen Premierminis-ters Li Peng. Sie besetzt in China wich-tige Posten im staatlich kontrollierten Energiesektor.

Zuerst gab Junod den Namen von Liu Zhiyuan an, ohne beizufügen, dass dies der Ehemann der Ex-Premiertochter ist. Doch die Ermittler insistierten. Es dau-erte ein ganzes Jahr - E-Mails gingen hin und her -, bis Junod endlich lieferte. Inzwischen war seine Klientin wegen Korruptionsvorwürfen in ihrem Land in die Schlagzeilen geraten.

Schlaueit oder Glück kam Junod nun zu Hilfe. Am 18. März 2015 gab er in einem Brief den Namen der Klientin mit Liu-Li Xiaolin an. Und lieferte dazu eine Passkopie. Nur: Auf der schlechten Kopie ist ihr Mädchenname Li verdeckt, unlesbar, die Frau somit nicht als Toch-ter des Ex-Premiers erkennbar. Doku-



mente von November 2015 zeigen, dass MF weiterhin nicht realisierte, wem Cofic wirklich gehört.

Die Kanzlei Junods hat bei MF 287 Firmen gegründet, 83 davon waren letztes Jahr noch aktiv. Auf Anfrage erklärt Junod, er unterliege der Schweigepflicht, er äussere sich zu dem Fall deshalb nicht. Nur so viel: Er habe sich immer an Gesetze und Regeln gehalten.

Fall 4

Dienste für Minister unter Korruptionsverdacht

Hilfe aus der Schweiz erhielt auch der ehemalige georgische Verteidigungsminister Davit Kezeashvili. Er ist 2006 praktisch mittellos ins Amt gekommen, mutierte jedoch nach seiner Amtsabsetzung innert Kürze zum vermögenden Oligarchen. Er hatte seinen Posten im Dezember 2008 infolge des russisch-georgischen Krieges räumen müssen. Zehn Tage danach eröffnete ein Genfer Treuhänder für ihn drei Offshorefirmen bei Mossack Fonseca. In den folgenden Jahren wurden darüber grosse Vermögenswerte aus dem Ölgeschäft verschoben. Die Panama-Papiere zeigen eine Kontoeröffnung bei der Genfer Kantonalbank im März 2012 – mit der Absicht, darauf 20 Millionen Franken zu überweisen. Ebenso existierten Konten bei der ABN AMRO und bei BNP Paribas für weitere 25 Millionen Franken. Elf Monate später, im Februar 2013, klagte die georgische Staatsanwaltschaft den Ex-Minister wegen Korruptionsvorwürfen an, später kam er auf die Interpol-Fahndungsliste.

Die Panama-Papiere zeigen in der Folge seltsame Vorgänge im Büro des Treuhänders. Seine Angestellten hielten im Mai 2013 MF an, 100 Prozent der Aktien einer Firma des Ex-Ministers an eine andere Strohfirma zu übertragen. Mit Vordatierung auf Oktober 2012.

Fall 5

Involviert in spanischer Korruptionsaffäre

In den Panama-Papieren finden sich auch Spuren zu einem der grössten Korruptionsskandale Westeuropas der letzten Jahrzehnte. Und auch hier spielt ein Schweizer eine Rolle. Es geht um die spanische Gürtel-Affäre, in die über 100 Geschäftsleute und Politiker der konservativen Volkspartei (PP) des amtierenden Regierungschefs Mariano Rajoy involviert sind. Politiker sollen etwa Kickbackzahlungen für lukrative

Staatsaufträge erhalten haben. Benannt ist die Affäre nach dem Geschäftsmann Francisco Correa, zu Deutsch «Gürtel», der enge Verbindungen zur PP pflegt.

Correa war Kunde des Schweizer Treuhänders, der im Mai 2009 in Spanien von der Polizei angehalten und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurde. Die spanische Justiz wirft ihm vor, er sei dabei behilflich gewesen, Millionen aus dem Gürtel-Netzwerk ausser Landes zu bringen und zu waschen.

Der Schweizer gehört laut einer Sprecherin der spanischen Justiz auch heute noch zu den Beschuldigten in der Affäre, deren Aufarbeitung nach wie vor läuft. Darüber hinaus soll der Treuhänder gemäss übereinstimmenden Medienberichten auch vielen reichen Spaniern geholfen haben, Unsummen vor dem Staat zu verstecken. Zu diesem Zweck soll er ein Konto bei einer Schweizer Bank geführt haben. Dessen Existenz ist gesichert. Informationen dazu waren Teil eines Rechtshilfeersuchens aus Spanien, wie ein Schreiben der Schweizer Bundesanwaltschaft vom 1. Juni 2011 belegt.

Für die Geschäfte nutzt der Treuhänder auch die Anonymität von Offshore-Firmen. Bei Mossack Fonseca hatte sein Treuhand-Büro über 80 Firmen registriert, vorwiegend in Panama, aber auch auf den BVI. Darunter befinden sich mindestens drei Firmen, die in der Gürtel-Affäre eine Rolle spielen. Die spanischen Behörden erhielten auch zum Bankkonto einer dieser Strohfirmen Rechtshilfe aus der Schweiz, wie das Schreiben der Bundesanwaltschaft weiter zeigt. 2008 liess der Treuhänder die meisten der Firmen zu einem MF-Kon-

kurrenten übertragen. Er beklagte sich bei MF über schlechten Service.

Fall 6

Advokat zu Diensten im Waffengeschäft

Einige Schweizer Anwälte sind weder Direktoren noch haben sie Zugriff auf die Finanzen ihrer Kunden. Aber sie halten die Strohfirmen am Laufen. Der Zürcher Wirtschaftsanwalt und Krimiautor Ulrich Kohli, 73, nennt seine Dienste in der Offshore-Welt selbst «corporate housekeeping» – was man mit «Firmen-Hauswart» übersetzen könnte. Er hat über Jahrzehnte einem Geschäftsmann geholfen, der wegen der Unterstützung des Mugabe-Regimes in Zimbabwe noch heute auf der US-Sanktionsliste steht: John Bredenkamp, 76, Geschäftsmann mit Pässen von Holland, Surinam und Zimbabwe, aktiv im Handel mit Tabak, Waffen und Diamanten. Ein Expertengremium der Uno bezeichnete ihn 2002 als erfahren im Aufsetzen von geheimen Firmen und sanktionsbrechenden Operationen.

In den Panama-Papieren taucht Kohli im Zusammenhang mit einer Bredenkamp-Firma auf, gegen die Strafverfolger in mindestens vier Ländern über Jahre ermittelt haben. Noch heute wird der Fall in Südafrika untersucht.

Die Geschichte beginnt 1999 mit einem umstrittenen Waffenkauf. Die Regierung in Pretoria bezahlte dem britischen Waffenkonzern British Aerospace (BAE) zwei Milliarden Pfund für 52 Militärfjets. Die Briten hatten den Zuschlag erhalten, obwohl ihr Angebot deutlich teurer war, als das der Konkurrenz. Wie war das möglich?

Ermittler in England stiessen 2004 auf eine Tarnfirma der BAE: die auf den britischen Jungferninseln registrierte Red Diamond Trading. Sie soll von 2000 bis 2007 über 115 Millionen Pfund auf Strohfirmen von Beratern überwiesen haben, die den Auftrag hatten, südafrikanische Funktionäre im Waffen-Deal zu beeinflussen. Die grössten Beträge – gegen 40 Millionen Pfund – erhielt die Briefkastenfirma Kayswell Services, die Mossack Fonseca 1994 auf den britischen Jungferninseln registriert hatte. Ihr Hauptaktionär: John Bredenkamp. In Rechtsanwal Kohlis Kanzlei in Zürich fanden Sitzungen für die Kayswell Leute statt. Kohli kümmerte sich auch um die nötigen Papiere für ein neues Bankkonto der Firma – und mehr.

Zeugen erzählten den britischen Ermittlern, Bredenkamp sei unter den ver-



deckten Beratern im Südafrika-Deal eine zentrale Figur gewesen. Laut einem BAE-Kadermann soll Bredenkamp erklärt haben, man müsse politisch einflussreiche Leute finanziell anfütern, damit sie beim Kampffjet-Kauf die richtigen Entscheidungen trafen.

Im Februar 2007 meldeten sich die Finanzermittler der Britischen Jungferninseln bei MF. Sie verlangten für ihre Geldwäscherei-Untersuchung Informationen über Kayswell Services. MF lieferte Namen – auch den von Kohli. Zwei Jahre später schrieb die Compliance Abteilung von MF den Finanzermittlern einen Brief. Betreff: John Bredenkamp. Der bekannte Mugabe-Insider sei jetzt auf der US-Sanktionsliste unter anderem wegen Waffengeschäften und -Schmuggel auf dem Graumarkt. Und so weiter. Zum Schluss: «Wir glauben, dass weitere Ermittlungen ihrer Behörde nötig sind.»

Wenig später würgte ein Deal zwischen BAE und den USA sowie Grossbritannien internationale Ermittlungen ab. Der Waffenkonzern gestand 2010 harmlose Verfehlungen ein und zahlte über 400 Millionen Dollar. MF trat als Agent für Kayswell zurück. Für Kohli war das Kapitel hingegen nicht abgeschlossen. Nach einem Treffen mit einem Geschäftspartner von Bredenkamp bat er MF per E-Mail am 22. Juli 2014, die Firma zu reaktivieren. Der Offshore-Provider lehnte ab. Die Bredenkamp-Crew war inzwischen selbst MF ein zu heisses Eisen.

Kohli sagt, er sei für Kayswell Services nur am Rande tätig gewesen. Es habe in den Ermittlungen weder Verhaftungen, noch Anklagen oder sonstige Verfahren gegen Direktoren oder Funktionäre der Gesellschaft gegeben. Die

Gesellschaft und ihre Organe seien deshalb rehabilitiert. Zudem: «Ein Rüstungsgeschäft für die nationale Sicherheit eines Landes ist nichts Falsches.»

Das Fazit

Die Geldwäscherei-Abwehr der Schweiz hat Lücken

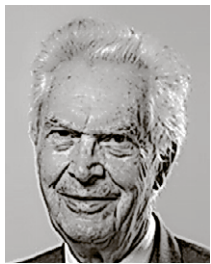
Die Serie der «ethisch herausgefordert» Anwälte und Treuhänder, wie der MF-Chef Jürgen Mossack sie in einer E-Mail an Mitarbeiter selber nennt, könnte hier weiter gehen. Noch ist ein grosser Teil der Panama-Papiere nicht im Detail erforscht. Doch die Masche ist immer die gleiche: Verschachtelte Strohfirmen in Offshore-Ländern, die von Marionetten-Direktoren besetzt sind, die wiederum ausführen, was ihnen Anwälte und Treuhänder in den fernen Finanzzentren wie Zürich, Genf oder London diktieren.

Die Diener des Rechts nutzen dabei den Spielraum, den ihnen das Gesetz gibt. Sie können so selbst Geschäftsleuten, gegen die international ermittelt wird, helfen, schmutzige Vermögen zu verschieben und sich hinter Offshore-Vehikeln zu verstecken.

Es dreht sich alles um die Frage, wann Anwälte bei Verdacht auf illegale Geldquellen strenge Sorgfaltspflichten einhalten müssen. In der EU unterstehen sie dem Geldwäscherei-Gesetz bereits dann, wenn sie Geschäfte nur vorbereiten oder anderweitig behilflich sind. Auch die Financial Action Task Force (FATF), eine internationale Organisation mit 36 Mitgliedern, verlangt dies als Standard. Obwohl FATF-Mitglied, ist die Schweiz davon weit entfernt. Hierzulande gelten die strengen Sorgfaltspflichten nur, wenn die Anwälte und Treuhänder direkt Zugriff auf die Finanzflüsse eines Klienten haben oder in dessen Gesellschaft Entscheide treffen können. Nur dann handeln sie als Finanzintermediäre, müssen sich von einer Selbstregulierungsorganisation kontrollieren lassen und unterstehen dem Geldwäscherei-Gesetz.

In den USA hat kürzlich ein Beitrag der Sendung «60 Minutes» für Aufsehen gesorgt. Journalisten baten undercover 16 New Yorker Anwälte, Korruptionsgelder in Offshore-Zentren anzulegen. Mit nur einer Ausnahme willigten alle freimütig ein. Seither verlangen US-Politiker strengere Regeln.

Eine solche Undercover-Aktion ist in der Schweiz nicht nötig, die Panama-Papiere zeigen zur Genüge, wie willig manche Anwälte hier bei fragwürdigen Geschäften mithelfen.



Charles-André Junod
Genfer Professor und Anwalt



Ulrich Kohli
Zürcher Anwalt und Krimiautor